

Der ökologische Umbau der Wirtschaft geht nur sozial

Von Katharina Dröge, MdB und Sven-Christian Kindler, MdB

Die drohende Klimakatastrophe lässt sich nur durch einen grundlegenden ökologischen Umbau unseres Wirtschaftssystems verhindern. Der Kampf gegen die Klimakrise ist die zentrale Zukunftsfrage unseres Jahrhunderts. Fast alle wissenschaftlichen Forschungsergebnisse zeigen: Die Klimakrise ist menschengemacht – und wir bewegen uns jetzt gerade in einem kritischen Zeitfenster, das über die Zukunft dieses Planeten entscheiden kann. Es geht dabei nicht nur um den Erhalt der Natur, es geht schlichtweg um unsere Lebensgrundlage.

Der ökologische Umbau des Wirtschaftssystems in Deutschland kann aber nur funktionieren, wenn die Wirtschaft grundlegend anders produziert: Ohne klimaschädliche Emissionen und mit einem drastisch reduzierten Ressourcenverbrauch. Und der Umbau der Wirtschaft kann nur dann funktionieren, wenn die Menschen auch im Alltag umweltverträglicher leben – unter anderem mit einem stark verringerten Energieverbrauch, ökologischen Nahrungsmitteln und einer drastischen Reduzierung von Müll.

Für diese andere Welt – für diese andere Gesellschaft in Deutschland müssen wir Grünen streiten. Es wird unsere zentrale Aufgabe im nächsten Jahrzehnt sein.

Es wird dabei auf unsere Ideen, aber auch auf unseren Mut und unsere Beharrlichkeit ankommen, den wirtschaftspolitischen Diskurs voranzutreiben und etablierte Strukturen und alteingefahrene Wirtschaftsmodelle in Frage zu stellen.

Der Erfolg unserer Ideen wird allerdings auch davon abhängen, dass wir möglichst viele Partner in der Gesellschaft für eine solche Agenda gewinnen. Alleine ist solch ein Mammutprojekt nicht zu schaffen. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns damit auseinandersetzen, welche gesellschaftlichen Gruppen der Idee eines ökologischen Umbaus der Wirtschaft bislang kritisch

gegenüberstehen und wie wir sie dafür gewinnen können. Darum soll es in diesem Papier gehen:

Ein Vorwurf, der uns Grünen in den letzten Jahren oft begegnet ist, ist, dass der ökologische Umbau der Wirtschaft etwas sei, das sich nur wohlhabende Eliten leisten könnten. Diesen Vorwurf müssen wir sehr ernst nehmen und als Grüne gute Antworten darauf bieten – bessere, als wir sie in der Vergangenheit bieten konnten. Ansonsten droht der gesamte ökologische Umbau zu scheitern.

Was aus unserer Sicht nicht hilfreich ist, ist, wenn wir Grünen diesen Vorwurf reflexhaft und barsch zurückweisen. Das ist wenig überzeugend. Und es entspricht auch einfach nicht der Lebensrealität vieler Menschen. Bio-Lebensmittel müssen teurer sein als die Billigprodukte aus dem Discounter, wenn man die umwelt- und gesundheitsschädliche und tierfeindliche Massenproduktion beenden will. Ökologische, faire Kleidung muss etwas kosten, wenn Arbeiter*innen einen angemessenen Lohn dafür bekommen sollen. Und eine Flugreise darf aus ökologischen Gründen nicht billiger sein als die Fahrt mit dem Zug.

Statt also reflexhaft diesen Vorwurf nur abzuwehren, müssen wir einen Weg aufzeigen, wie es gelingen kann, alle Menschen in die Lage zu versetzen, sich für ein solches umweltbewusstes Leben auch entscheiden zu können, wenn sie denn wollen. Und damit das möglich ist, brauchen wir eine starke Sozialpolitik – als Kernbestandteil unserer Grünen Wirtschaftspolitik.

Die zentrale Botschaft unseres Papiers lautet daher: Die Klima-, die Wirtschafts- und die Sozialpolitik gehören zusammen und müssen zusammen gedacht werden.

Wir schlagen in unserem Papier eine Reihe von Maßnahmen vor wie das aussehen kann. Anhand von Beispielen mit sozialer und ökologischer Lenkungswirkung wollen wir verdeutlichen, wie es gelingen kann, dass sich auch Menschen mit wenig Einkommen einen ökologischen Lebensstil im Alltag leisten können.

Darüber hinaus plädieren wir aber auch für eine grundlegend gestärkte Sozialpolitik: Eine Politik, die die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen

stärker ausgleicht und die vor allem den Menschen der unteren Einkommensschichten mehr Geld zur Verfügung stellt.

Wir wollen dabei mit diesem Papier zunächst einmal einen Beitrag zur innergrünen Debatte leisten. Denn obwohl wir Grünen uns alle einig darin sind, dass Sozialpolitik ein wichtiger Bestandteil Grüner Politik ist, gibt es derzeit eine Kontroverse darüber, inwiefern die Sozialpolitik auch integraler Bestandteil einer Grünen Wirtschaftspolitik sein soll.

In der deutschen wirtschaftspolitischen Debatte, aber auch in Teilen unserer Partei, gibt es die Auffassung, dass Verteilungsfragen bei der Diskussion, wie eine stabile, gleichgewichtige Wirtschaft geschaffen werden kann, ausgeklammert werden müssen. Dahinter steht der alte ökonomietheoretische Ansatz, dass erst erwirtschaftet werden muss, bevor verteilt werden kann – dass man sich einen starken Sozialstaat also nur dann leisten kann, wenn man im ersten Schritt den Wohlstand ungestört erwirtschaften konnte. Wir respektieren diesen Ansatz, halten ihn aber für falsch: Wir glauben, dass nur dann viel erwirtschaftet werden kann, wenn die Ungleichheit nicht zu groß ist. Erst eine gute Sozialpolitik macht die Wirtschaft stark. Das gleiche gilt auch für die Klimapolitik: Auch hier ist es aus unserer Sicht verkürzt, wenn nur über neue Technologien oder über industrie- und wettbewerbspolitische Aspekte gesprochen wird, die Rolle der Sozialpolitik dabei aber außer Acht gelassen wird.

Wir sind der Meinung, dass die Grünen klären müssen, ob die Sozialpolitik ein Kernbestandteil einer ökologischen Wirtschaftspolitik sein muss – oder nicht. Wir haben hierzu eine klare Position: Es geht nur zusammen. Der Wirtschaft geht es nur dann gut, wenn der Sozialstaat funktioniert. Die Klimakrise kann nur verhindert werden, wenn der Sozialstaat funktioniert. Das gilt nicht zuletzt auch deswegen, weil die sozial Benachteiligten ohnehin meist überproportional von den Umweltschäden unseres derzeitigen Wirtschaftssystems betroffen sind: Schließlich wohnen sie öfter in der Nähe von Ausfallstraßen, Flughäfen und Kraftwerken.

Dabei müssen wir auch bewusst die Auseinandersetzung mit Teilen der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft suchen, die diesem Umbau im Wege stehen. Eine Politik, die einen so radikalen Umbruch des Wirtschaftssystems fordert, wie

er aus unserer Sicht notwendig sein wird, stellt immer eine Bedrohung dar. Eine Bedrohung für diejenigen, die sich nicht bewegen wollen, die an dem festhalten wollen, was sie kennen, aus Angst vor Erneuerung oder weil sie mit den alten Modellen gutes Geld verdienen.

Wer uns Grüne kritisiert, weil wir einen radikalen Umbau der Wirtschaft fordern, der mag uns kritisieren, wir bleiben dabei. Doch der Vorwurf, dass sich einen ökologischer Lebensstil nur wohlhabende Eliten leisten könnten, darf uns nicht kalt lassen: Wir müssen dafür sorgen, dass sich das Klima in dieser Frage ändert. Darum soll es in diesem Papier gehen.

Radikaler Umbau von Ökonomie und Gesellschaft

Eine gute Grüne Wirtschaftspolitik muss mehreren Ansprüchen gleichzeitig gerecht werden. Der Wahrung der natürlichen Grenzen unseres Planeten und der Schaffung von nachhaltigem Wohlstand und guter Arbeit, sowohl national als aber auch in den europäischen und internationalen Handelsbeziehungen. Gleichzeitig formulieren wir an Grüne Wirtschaftspolitik auch einen Gerechtigkeitsanspruch. Unsere Politik muss darauf ausgerichtet sein, soziale Ungleichheiten abzubauen, die ungleiche Verteilung zwischen Vermögen und Einkommen zu verringern und Chancen- und Teilhabemöglichkeiten für alle zu ermöglichen.

In dem Dreiecksverhältnis dieser Ziele liegen für uns auf der einen Seite positive Wechselwirkungen: Ein gut ausgestatteter, funktionierender Sozialstaat ist Grundlage für eine funktionierende Wirtschaftsordnung, genauso wie der ökologische Umbau der Wirtschaft Treiber von neuen Marktchancen und Innovationen sein kann. Und umgekehrt kann auch eine richtig organisierte Wirtschaftsstruktur den Wohlstand schaffen, der wichtig ist für ein gelingendes soziales Miteinander und der vereinbar ist mit den ökologischen Grenzen unseres Planeten.

Es ist allerdings nicht einfach, diese drei Ziele ausbalanciert zu verfolgen. Und es gibt selbstverständlich auch Konflikte, die in dem Spannungsverhältnis dieser drei Ziele liegen. Wenn wir Grüne versuchen, eine Wirtschaftspolitik zu machen, die diese Konflikte negiert, dann machen wir eine Wirtschaftspolitik,

die im besten Falle naiv ist, im schlimmsten Falle das gesamte Projekt einer ökologisch-sozialen Revolution vor die Wand fährt.

Sozialpolitik ist zentral für den ökologischen Umbau

Die Grundlage dafür, dass der ökologische Umbau der Wirtschaft funktioniert, ist ein gut ausgestatteter Sozialstaat. Soziale Sicherheit, Armutsbekämpfung, gute Arbeitsplätze, demokratische Mitbestimmung in den Unternehmen sind unerlässlich für das Gelingen. Eine gespaltene Gesellschaft mit vielen Abgehängten und sozialen Abstiegsängsten wird nicht den Mut für einen konsequenten ökologischen Umbau aufbringen.

Um es konkret zu machen: Wer in Armut lebt und nicht weiß, wie er morgen seine Stromrechnung bezahlen soll, für den ist es zweitrangig, ob der Strom aus der Steckdose ökologisch ist oder aus dem Kohlekraftwerk stammt. Und wenn die Hartz-IV-Empfängerin zum Ende des Monats kein Geld mehr hat, stellt sich für sie nicht die Frage, ob das Fleisch im Supermarkt bio ist oder nicht, sondern wie sie ihren Hunger bekämpfen kann. Schon Bertolt Brecht wusste: Erst kommt das Fressen, dann die Moral.

Das heißt für uns: Nur wenn sich alle Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft auch leisten können, können wir auch von allen Menschen verlangen, dass sie sich am ökologischen Umbau beteiligen. Wenn wir also nicht wollen, dass einen ökologischen Lebensstil sich nur wohlhabende Eliten leisten können, müssen wir bei der Sozialpolitik anfangen.

Soziale Infrastruktur ausbauen – Armut an der Wurzel bekämpfen

Eine zentrale Grundlage einer öko-sozialen Agenda ist aus unserer Sicht die Forderung, dass Deutschland deutlich stärker in eine funktionierende soziale Infrastruktur investieren muss. Dazu gehören gerechte, soziale und gut finanzierte öffentliche Institutionen ebenso wie eine sanktionsfreie und ausreichend hohe Existenzsicherung im Falle von Erwerbslosigkeit oder andere Transfer- und Lohnersatzleistungen, die sogenannte Lebensrisiken nicht privatisieren, sondern solidarisch absichern.

Deutschland ist ein reiches Land. Und trotzdem investiert es gerade bei der

sozialen Struktur zu wenig. Noch immer gibt es keine ausreichende Anzahl an guten Ganztagschulplätzen, noch immer kein ausreichendes, bedarfsgerechtes und hochwertiges Kita-Angebot. Noch immer kämpfen die Universitäten mit Unterfinanzierung. Noch immer gibt es in Deutschland keine Garantierente im Alter, keine armutsfeste Grundsicherung für Kinder und keine ausreichende finanzielle Unterstützung für Alleinerziehende. Statt Erwerbslose bei ihrer Suche nach guter Arbeit zu unterstützen, sind die Arbeitsagenturen und die Jobcenter damit beschäftigt, Sanktionen durchzusetzen, welche die Transferleistung bis weit unter das Existenzminimum drücken.

Wir halten diese Politik für unverantwortlich. Ein erster Schritt einer ökologisch-sozialen Wirtschaftspolitik muss es deshalb sein, diese Missstände zu bekämpfen. Wir brauchen einen gerechten Ausbau des Sozialstaates. Wir brauchen einen Ausbau von sozialen Leistungen, die es den Menschen erlauben, in jeder Lebenslage ein würdiges Leben zu führen. Und wir brauchen gerechte, soziale und gute öffentliche Institutionen, die neue Lebenschancen schaffen.

Vermögensungleichheit bekämpfen – Umbau gerecht finanzieren

Dazu gehört auch die Korrektur der extrem hohen Vermögensungleichheit in Deutschland. In keinem Land in der Eurozone ist das Vermögen ungerechter verteilt als in Deutschland. Wir haben eine große Verteilungskrise. Unsere aktuelle Form des Wirtschaftens produziert deshalb zwei Formen von Ungerechtigkeit: Zum einen produzieren wir oberhalb der ökologischen Grenzen und leben damit zu Lasten künftiger Generationen, zum anderen profitieren auch die heute lebenden Menschen in sehr ungleichem Umfang von dieser Art zu wirtschaften. Aus diesem Grunde muss eine gute Grüne Wirtschaftspolitik eine doppelte Umverteilung leisten: Zwischen Arm und Reich und zwischen den Generationen. Deshalb ist eine zweite Säule der Grünen öko-sozialen Wirtschaftsagenda die Korrektur dieser Ungleichheit.

Die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen und eine stärkere Besteuerung hoher Vermögen, Erbschaften, Einkommen und Kapitalerträge sind notwendig, um die soziale Ungleichheit abzubauen und um solch einen ökologisch-sozialen Umbau leisten und finanzieren zu können. Wir Grüne

stehen für Verteilungsgerechtigkeit und müssen auch den Mut haben, das auch lautstark und selbstbewusst zu formulieren. Wenn wir uns das nicht mehr trauen, werden wir auch nicht die Kraft aufbringen, unsere Wirtschaft ökologisch vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Ökologische Lenkungswirkung und Sozialpolitik passen zusammen

Für einen radikalen ökologischen Umbau braucht es aber mehr als die klassische Sozial- und Verteilungspolitik. Es geht um deutlich mehr als die bloße Garantie eines angemessenen Existenzminimums. Die große Vermögensungleichheit bei Vermögen auf der einen – und die Klimakrise auf der anderen Seite haben gegenseitige Wechselwirkungen. Wer viel Geld hat, kann auch viele Ressourcen kaufen und verbrauchen. Großer Reichtum fördert einen verschwenderischen Luxuskonsum, der einen ebenfalls nicht nachhaltigen Statuskonsum der Mittelschichten nach sich zieht, um gesellschaftlichen Erfolg zu symbolisieren. Vermehrte lange Flugreisen, große, schnelle Autos und exotische Lebensmittel zu jeder Jahreszeit sind nur einige Beispiele für ein unökologisches Konsummuster der Eliten, das in Deutschland, aber auch in aufstrebenden Schwellenländern immer öfter kopiert wird. Deswegen müssen die Verteilungskrise und die Klimakrise gemeinsam beantwortet werden. Ein wichtiger Teil einer Grünen öko-sozialen Agenda besteht daher aus unserer Sicht aus Maßnahmen, die gleichzeitig eine soziale und eine ökologische Lenkungswirkung haben. Das ist unser Alleinstellungsmerkmal im Ideenwettbewerb der Parteien. Damit können wir zeigen, wo die positiven Wechselwirkungen zwischen Umwelt- und Sozialpolitik liegen.

Drei Beispiele, die zeigen, ökologische Lenkungswirkung, Umverteilung und gerechte Sozialpolitik sind möglich:

1. ökologisch-soziale Stromtarife:

Solch ein Tarif, der niedrigen Stromverbrauch mit günstigen Preisen belohnt und hohen Stromverbrauch mit höheren Preisen belastet, erfüllt die oben skizzierten doppelten Anforderungen. Er schafft eine Verteilungswirkung zwischen Arm und Reich (denn Reiche besitzen in der Regel größere

Wohnungen, mehr und leistungsfähigere elektronische Geräte und damit haben sie auch einen höheren Verbrauch) und animiert gleichzeitig zum Stromsparen.

2. Warmmietenneutrale energetische Gebäudesanierung:

Die energetische Sanierung von Gebäuden ist zentral für die Energiewende und muss mit einer sozialen Mieten- und Wohnungspolitik klug verbunden werden. Wir sprechen uns für einen Klimabonus für Wohngeldempfänger*innen aus, damit auch sie sich energetisch sanierte Wohnungen leisten können. Die Modernisierungsumlage muss auf 5% halbiert werden und inhaltlich auf energetische Sanierung und den altersgerechten Umbau beschränkt werden, um Luxussanierungen zur Verdrängung von Mieter*innen zu verhindern. Ziel der staatlichen Ordnungs- und Förderpolitik in diesem Bereich muss die warmmietenneutrale energetische Sanierung sein.

3. Reduzierung des Autoverkehrs in den Städten und Ausbau ÖPNV:

Der Automobilverkehr hat nicht nur Auswirkungen auf die Klimakrise, er hat auch direkte soziale Umweltfolgen. Feinstaubbelastungen sind besonders an den Hauptverkehrsstraßen hoch. Hier wohnen allerdings nicht die vermögenden Einwohner*innen der Städte. Eine Reduzierung des Automobilverkehrs in den Städten reduziert Lärm und Luftbelastung besonders für die weniger Vermögenden. Erreicht werden kann er durch einen Ausbau des ÖPNV, die Einführung einer City-Maut oder Umweltplaketten, autofreie Innenstädte oder die Förderung von Radverkehr und Elektromobilität. Die Abschaffung von Steuerprivilegien für schwere Dienstwagen und eine angemessene Erhöhung von Preisen für Benzin und Diesel zur Internalisierung externer Kosten kann zur Finanzierung einer sozial gerechten, umweltfreundlichen Mobilität beitragen.

Diese drei Beispiele zeigen, dass Umweltpolitik und Sozialpolitik sich nicht ausschließen, sondern bei kluger Gestaltung win-win-Situationen entstehen können. Ein Schwerpunkt Grüner Politik ist aus unserer Sicht, mehr konkrete Maßnahmen in dieser Richtung zu entwickeln und diese politisch auch stärker nach vorne zu stellen.

Probleme nicht leugnen – Ängste ernst nehmen

Zu einer ehrlichen und überzeugenden Politik gehört aber auch, dass wir offen kommunizieren, wo es Zielkonflikte gibt, die sich nicht so einfach in einer win-win-Situation auflösen lassen.

Wir wollen dies an Hand von zwei Beispielen illustrieren: Auf der einen Seite gehört es zur Grünen Grundüberzeugung, dass Lebensmittel und insbesondere Fleisch etwas kosten müssen. Doch heutzutage ist das Fleisch im Discounter viel zu billig – erzeugt auf Grundlage tierquälerischer Massenproduktion, eines unverantwortlichen Antibiotikaeinsatzes und immenser Summen an umwelt- und klimaschädlicher Emissionen. Wir Grünen halten es deshalb für richtig, dass die Produktion und der Konsum von Fleisch in Deutschland sinken.

Und wir wollen, dass der Preis für Lebensmittel die tatsächlichen Kosten der Produktion widerspiegelt. Das hieße für den Bereich der Massentierhaltung, dass die Folgen für Umwelt und Gesundheit in den Preisen mit abgebildet werden müssen. Und das würde im Umkehrschluss konventionelle Lebensmittel künftig teurer machen.

Dieser Fakt stellt Grüne Politik vor ein Paradoxon: Denn wer ein Jahreseinkommen von 80.000 Euro Brutto hat und wem die ökologischen und gesundheitlichen Folgen der Massentierhaltung Wurst sind, der wird das Hackfleisch im Supermarkt auch dann in Mengen kaufen, wenn es künftig 6 Euro und nicht 2,99 Euro das Pfund kostet. Für diejenigen aber, die mit jedem Cent rechnen müssen, wird das dann nicht mehr erschwinglich sein

Aber auch im Bereich der Verkehrspolitik wird schnell klar: Ohne die Internalisierung externer Kosten, ohne Preise, welche die ökologische Wahrheit sagen, wird der Umbau nicht gelingen. Die Preise für Flüge sind viel zu billig, auch durch Milliardensubventionen des Staates. Auch die großen ökologischen Kosten des Autoverkehrs sind bei weitem nicht in den Preisen internalisiert.

Gleichzeitig darf Mobilität kein Luxusgut werden, das sich nur noch die Eliten leisten können. Gutes Essen und Mobilität sind nicht nur wichtige Versprechen eines Wohlfahrtsstaates, sondern Grundlagen von gesellschaftlicher Teilhabe. Um es klar zu sagen: Die konsequente ökologische Internalisierung externer

Kosten ist notwendig und richtig. Der soziale Ausgleich muss aber damit Hand in Hand gehen.

Dies ist der schwierigste Teil der Grünen Debatte. Zu zeigen, dass wir auch da eine ökologische *und* soziale Politik machen, wo es keine einfachen Win-Win-Situationen gibt. Ohne den Anspruch, hier bereits den Stein der Weisen gefunden zu haben, wollen wir ein paar Beispiele aufzeigen, in welche Richtung die Debatte gehen kann. Einige Ideen, die bereits jetzt in der Debatte sind: Die Idee eines Ökobonus, der einen Mechanismus vorschlägt, durch den die Einnahmen aus der Erhöhung von Ressourcen- und Energiesteuern sozial gerecht auf alle Personen zurück verteilt werden. Ein zweites ganz konkretes Beispiel wäre die gezielte Subvention von ökologischem Essen in Kitas und Schulen – damit wäre jedem Kind – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern – eine gesunde Ernährung möglich. Solche Debatten sollten wir Grünen verstärkt führen, um hier kreative Maßnahmen zum Gegensteuern zu entwickeln.

Doch ein Teil des Dilemmas wird sich durch politische Maßnahmen des Gesetzgebers und einen noch so guten Sozialstaat nicht auflösen lassen. Hier hilft aus unserer Sicht dann nur eine ehrliche Grüne Debatte darüber, wo diese Zielkonflikte liegen und die Einbettung der ökologischen Zielsetzung in ein soziales Gesamtkonzept.

Gute Löhne und gute Arbeit sind zentral beim ökologischen Umbau

In den Industriebereichen haben wir in Deutschland vergleichsweise sichere Arbeitsverhältnisse mit ordentlichen Gehältern. Die Produktionsweise bei diesen Arbeitsplätzen – zum Beispiel in der Autoindustrie, in Kohlekraftwerken oder in Chemiewerken – führt aber insgesamt zu einer weiteren Zerstörung der Umwelt und des Klimas. Wenn wir die Gewerkschaften und Arbeitnehmer*innenvertreter*innen als Partner*innen für den ökologischen Umbau der Wirtschaft gewinnen wollen, müssen wir auch in den neuen, grünen Branchen Arbeitsplätze schaffen, die mit einem entsprechend guten Niveau an Sicherheit, demokratischer Teilhabe und Vergütung ausgestattet sind. Fehlende Tarifverträge und mangelnde Mitbestimmung in Betriebsräten bei einigen Unternehmen aus der Öko-Branche sind daher nicht nur aus sozialer

und demokratischer Perspektive zu verurteilen, sondern bringen auch den ökologischen Umbau insgesamt in Verruf. Arbeiter*innen, arme Menschen, aber auch abstiegsbedrohte Mittelschichten werden sich nicht für eine große ökologische Transformation motivieren lassen, ohne soziale Sicherheit und mehr Gerechtigkeit.

Gleichzeitig stellt eine starke Mitbestimmung auch Chancen für den ökologischen Wandel dar, um die Ideen und Potentiale, die in der Belegschaft bereits heute für einen ökologischen Wandel liegen, auch zu Tage zu fördern. Mitarbeiter*innen sind oft an einer langfristigeren Unternehmensstrategie interessiert als an kurzfristiger Shareholder Value Optimierung. Wenn wir klar machen können, dass gerade in der ökologischen Transformation langfristige wirtschaftliche Potentiale für Unternehmen liegen, können wir hier die Mitarbeiter*innen für den Wandel gewinnen. Es braucht daher mehr und nicht weniger Mitbestimmung in den Betrieben für den erfolgreichen Wandel.

Klimakrise ist die globale soziale Frage

Bei der Bekämpfung der Klimakrise müssen wir aber auch die internationalen Zusammenhänge in den Blick nehmen. Die Klimakatastrophe ist die globale soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Während die Länder des globalen Nordens jetzt schon die Anpassungsprobleme vor Ort spüren, ist aber die menschengemachte Erwärmung des Klimas für viele Länder des globalen Südens schlichtweg lebensbedrohend. Die Folgen sind bereits jetzt spürbar. Weltweit sind Umweltkatastrophen und die Klimakrise schon heute der Fluchtgrund Nummer eins. Konflikte und Kriege um Ackerboden, Ressourcen und Wasser werden weiter zunehmen. Das ist besonders vor dem Hintergrund doppelt ungerecht, dass gerade die Menschen in den Ländern des globalen Südens am wenigsten zur Entstehung der Klimakrise beigetragen haben, aber trotzdem die schwersten Konsequenzen zu tragen haben. Zusätzlich nimmt die materielle globale Ungleichheit rasant zu. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung wird nach Angaben von Oxfam schon nächstes Jahr mehr besitzen als die restlichen 99% zusammen.

Wir halten deshalb als einen konkreten Vorschlag die Idee eines Pro-Kopf-Emissionsrechtes für gerecht. Wir brauchen dringend globale

Klimagerechtigkeit. Jeder Mensch hat das gleiche Recht, die Ressourcen der Erde zu nutzen, sodass zugleich nachfolgende Generationen noch die gleichen Möglichkeiten haben. Die Höhe muss sich nach den langfristig tragbaren Treibhausgasemissionen für die Atmosphäre berechnen. Für die Übergangszeit würde ein finanzieller Handelsmechanismus greifen, um die heute sehr unterschiedlichen Pro-Kopf-Emissionen anzugleichen und andererseits den finanziellen Transfer vom globalen Norden in den Süden für Klimaschutz und Klimaanpassung voranzutreiben. Zusätzlich müssen die Industriestaaten aber ihre historischen Schulden für die Verursachung der Klimakrise international begleichen und können sich nicht mit einem Pro-Kopf-Emissions-Handelssystem davon sowie von der deutlichen Reduzierung ihrer eigenen Klimaverschmutzung freikaufen.